

Antrag 1: Antrag GLP mit Ergänzungen der JFBL

Mobbing: Mehr als nur einfach ein paar dumme Spässchen

Mobbing ist weit verbreitet und wird oft unterschätzt, obwohl die Betroffenen sehr stark unter der Belastung leiden. Mobbing kommt nicht nur in der Schule vor, sondern ereignet sich auch im Erwachsenenalter – meist mit fatalen Folgen auf die Arbeits- und Lernleistung.

Die jungen Grünliberalen möchten sich für verbesserte Mobbingprävention an Schulen stark machen. Gerade an der Schule sollten die Kinder und Jugendlichen von einem vertrauenerweckenden Klima profitieren können, damit gute Lernbedingungen gegeben sind. Die jungen Menschen müssen sich auf den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten konzentrieren können und sollten nicht gezwungen sein, ihre Energie darauf zu verwenden, sich gegen Angriffe zu wehren oder ihnen aus dem Weg zu gehen.

Diverse Studien belegen, dass Mobbing-Täter oft ein höheres Gewaltpotenzial aufweisen. Zudem besteht auch für Mobbing-Opfer eine gewisse Gefährdung, durch die Demütigungen gewalttätig zu werden, unter Umständen Jahre später. Durch adäquate Mobbingprävention wird dementsprechend auch ein Beitrag zur Verminderung von Gewalttaten geleistet.

Die jungen Grünliberalen sehen in Mobbing des Weiteren eine Ressourcenverschleuderung: Dadurch, dass Schülerinnen und Schüler und später Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitswelt ihr Potential aufgrund der psychischen Belastung nicht voll ausschöpfen können, gehen unserer Wirtschaft wertvolle Kapazitäten verloren. Wir sind überzeugt, dass gerade in der heutigen, hoch spezialisierten Arbeitswelt gute Teamarbeit fundamental für Erfolg ist. Sich in einem Team positiv einzubringen und individuell oder gemeinschaftlich weiterbringende Leistungen abrufen zu können, sollte früh im Leben gelernt sein. Daher sollten Kinder und Jugendliche schon in jungen Jahren lernen, wie sie mit Konflikten umgehen und Lösungen finden können.

In diesem Sinne fordern wir: Beratungsstellen und (Schul-)Sozialarbeiter sollen nicht erst dann aktiv werden, wenn bereits ein Problem vorliegt, sondern systematisch in allen Klassen für das nötige Bewusstsein sorgen. Während der gesamten Schulzeit soll es für jeden Schüler und jede Schülerin zwei Phasen geben:

- Auf der Primarstufe: dem Alter angepasste, flächendeckende Mobbingprävention durch Nicht-Lehrpersonen, damit die Kinder einen respektvollen gegenseitigen Umgang erlernen
- Auf Sekundarstufe: dem Alter angepasste, flächendeckende Mobbingprävention, damit die Jugendlichen entsprechend den sich ständig verändernden Umständen geschult werden können

Die Präventionsarbeit wird in Zusammenarbeit von einer Fachperson und Jugendlichen von ca. 16 bis 20 Jahren durchgeführt. Die Mitarbeit von Jugendlichen in der Prävention dient der besseren Interaktion zwischen den Präventionsfachpersonen und den Kindern bzw. Jugendlichen. Die Nähe und der Kontakt zwischen den Kindern und den Präventionsarbeitern soll ins Zentrum gerückt werden, um Hemmschwellen zu überwinden. Damit wird die Bewusstseinsbildung als grundlegendes Element der Prävention effizienter als bisher.

Zudem wird ein kantonaler Thementag veranstaltet zum Thema Mobbing, wie dies zum Beispiel beim „Littering-Day“ oder „Genderday“ bereits der Fall ist.

Antrag 2: Antrag JSD mit Ergänzungen der J EVP und JSVP

Förderung der offenen Jugendarbeit

Immer mehr Kinder und Jugendliche verbringen, aus Mangel an Alternativen, einen grossen Teil ihrer Freizeit auf der Strasse. Darunter sind vor allem auch Kinder, welche keiner geregelten Freizeitbeschäftigung nachgehen oder von zu Hause aus keine Aufsichtsperson haben.

Eine geeignete Alternative stellen hier Jugendräume dar, welche von Fachpersonen betreut werden. Hier wird den Kindern und Jugendlichen eine vernünftige und kreative Freizeitbeschäftigung geboten und gleichzeitig sind Aufsichts- und Ansprechpersonen zur Stelle.

Im Kanton Basel-Landschaft sind bereits einige solche Jugendräume vorhanden. Leider fehlt aber oft aus finanziellen Gründen das nötige Personal. Die zuständigen Organisationen sind finanziell von den Gemeinden abhängig, welche prinzipiell zu wenig Mittel zur Verfügung stellen. Somit können die Jugendarbeiter die gewünschte präventive und begleitende Aufgabe nicht optimal wahrnehmen.

Ein ebenso wichtiger Zweig der Offenen Jugendarbeit ist der Streetwork-Bereich, welcher mit denselben finanziellen Problemen konfrontiert ist. Streetworker suchen die Jugendlichen an deren Treffpunkte im öffentlichen Raum auf und unterstützen diese in ihren Lebensfragen. Da Jugendliche einen grossen Teil ihrer Freizeit in Cliques verbringen, unterstützen und begleiten sie auch die einzelnen Gruppen.

Durch die Förderung beider dieser Zweige, kann garantiert werden, dass ein grosser Teil der Kinder und Jugendlichen, welche auf professionelle Ansprechpartner und/oder Aufsichtspersonen bewusst oder unbewusst angewiesen sind, erreicht werden können.

Daher wünscht sich das Jugendparlament die Schaffung von alkoholfreien Jugendräumen und Treffpunkten ohne Konsumzwang. Zudem sollen Organisationen, welche in diesen Bereichen tätig sind (z.B. Jugendsozialwerk Liestal / Blaues Kreuz) mehr finanzielle Unterstützung erhalten, diese soll 50:50

zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden. Die schon bestehenden Angebote sollen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, Lücken sollen aufgedeckt und geschlossen werden, um eine effiziente und effektive Wirkung der entsprechenden Institutionen zu garantieren.

Antrag 3: Antrag der JEV

Erhöhung des Freibetrags

Das Jugendparlament empfiehlt, den Freibetrag bei den Steuern zu erhöhen, um vor allem Jugendliche zu entlasten. Der Kanton wird höflich angehalten, dies zu prüfen.

Anträge